



HAUSHALTSREDE

der Vorsitzenden der **SPD-Fraktion**

im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Beigeordnete Christine Kastning

zum Haushaltsplan 2010 und
zur Mittelfristigen Finanzplanung
2009 – 2013 und HSK VII

17. Dezember 2009

(Es gilt das gesprochene Wort)



Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Welt schaut in diesen Tagen gebannt auf den **Klimagipfel in Kopenhagen** und erwartet nachhaltige, zukunftsfähige Entscheidungen. Das betrifft auch uns - auf allen Ebenen!

Experten wie z.B. der Chef des deutschen Rats für Nachhaltige Entwicklung, Volker Hauff, haben der Bundesregierung schon im November vorgeworfen, für Deutschland bei der Umwelt- und Finanzpolitik auf die falschen Schwerpunkte zu setzen und damit hinter den Möglichkeiten zurück zu bleiben. **Vor allem in den zentralen Bereichen Wirtschaftswachstum und Steuern fehlt es an Nachhaltigkeit.**

Der Präsident des World Business Council for Sustainable Development (WBCSD), Björn Stigson, kritisierte sogar, dass Deutschland seine Weltmarktführerschaft einbüßen werde, da ein Mangel an langfristiger Planung besteht. Wir haben heute hier im Rat die gemeinsame Aufgabe, den **Haushalt 2010** und die **Mittelfristige Finanzplanung** zusammen mit dem **Haushaltskonsolidierungsprogramm 2010 -2012 (HSK VII)** zu verabschieden.

Das hat sehr wohl auch etwas mit dem **Klima** zu tun – nämlich nicht nur mit unserem ambitionierten Klimaschutzprogramm oder der Umweltzone - sondern **insgesamt mit dem sozialen Klima, mit Nachhaltigkeit, mit Zukunftsfähigkeit für die ganze Stadtgesellschaft** und darüber hinaus die Region Hannover.

Es geht heute um Entscheidungen, die wichtig sind für die Menschen in unserer Stadt und die die zukünftige Entwicklung in Hannover nachhaltig beeinflussen werden.

Die Beschlussfassung gerade des ambitionierten Konsolidierungsprogramms fällt uns nicht leicht angesichts der finanziellen Herausforderungen vor denen wir in diesem Jahr stehen. Vieles, was durchaus noch oder auch weiter wünschenswert wäre, kann nicht oder nicht mehr so wie bisher finanziert werden! Ich gehe noch im Folgenden zu unseren Anträgen darauf ein.

Nicht nur die Stadt oder die Region Hannover - wie uns CDU oder FDP immer glauben machen möchte - ächzen unter der Bürde der Finanzkrise, den allermeisten Kommunen steht das Wasser bis zum Hals.

Die Daten des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung der Kommunalfinanzen im 1. Halbjahr 2009:

- um 9% **geringere kommunale Steuereinnahmen** als noch 2008
- allein die **Gewerbesteuereinnahmen** sind um 14,9 % auf rund 2,5 Mrd. € zurückgegangen
- ebenso gingen auch die **Zuweisungen der Länder für kommunale Investitionen** um 10,5% zurück
- das hatte ein **negatives Finanzierungssaldo** von rund 4 Mrd. € zur Folge, da die Ausgaben der Kommunen im gleichen Zeitraum erheblich gestiegen sind. Folge – **die Summe der Kassenkredite stieg von 29 auf 32,6 Mrd. €**

Die direkten Auswirkungen dieser fatalen Finanzkrise spüren wir hier im Haushalt 2010 deutlich!

Auch der **Gemeindefinanzbericht 2009 des Deutschen Städtetags** bestätigt das eindrucksvoll mit umfassendem Zahlenmaterial:

- Für 2009 wird von einem Finanzierungsdefizit von knapp 3 Mrd. € ausgegangen. Das bedeutet gegenüber 2008 **ein Finanzierungssaldo von rund 10 Mrd. €**
- Es ist auch **keine Trendwende in Sicht**, da die Folgen der Wirtschaftskrise weiter deutlich steigen werden.
- Für 2010 bis 2013 befürchtet der Dt. Städtetag, dass die Kommunen voraussichtlich **Defizite zwischen Einnahmen und Ausgaben** von jeweils mehr als **10 Milliarden Euro** haben werden.
Diese Höhe ist bisher beispiellos.

Haushaltskonsolidierung ist in unserer Stadt und für die SPD-Ratsfraktion kein Fremdwort.

Gemeinsam mit unserem grünen Koalitionspartner haben wir in den vergangenen Jahren finanzpolitisch verantwortungsbewusst gehandelt – dies beweisen die Ergebnisse der Programme der Vorjahre.

Der Kern ist für uns jedoch unsere politische Handschrift, mit der wir bei den gegebenen Finanzbedingungen **wichtige Schwerpunkte gesetzt** haben in den Bereichen

- **Bildung**
- **Kinder / Jugend**
- **Familie**
- **Lokale Integration**
- **Arbeit und Wirtschaft**
- **Aber besonders auch in der Stadtentwicklung und im Klimaschutz.**

Hannover hat ein **breites und gutes Angebot an Infrastruktur**:

- Bildungseinrichtungen
- Sport/Bäder
- Kultur
- leistungsfähige öffentliche Verwaltung und kommunale Unternehmen

Die aktuelle Problemlage und die schlechten Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Deutschland haben eine andere Qualität und Dimension als bisher – das Umfeld, in dem wir uns mit unseren eigenen Bemühungen um politische Gestaltung bewegen ist deutlich schwieriger geworden!

Notwendige und die wirtschaftliche Krise abfedernde Maßnahmen wie das Konjunkturpaket II, die Absicherung des Bankensystems, das Kurzarbeitergeld auf der einen Seite sowie der Rückgang der Steuereinnahmen und Belastungen der Sozialausgaben auf der anderen Seite haben **eine bisher nicht da gewesene Ausweitung der Staatsverschuldung verursacht**.

Das aktuelle bundespolitische Angehen von CDU und FDP, **Steuervergünstigungen um jeden Preis** durchzusetzen, ist vor diesem Hintergrund erschreckend und **lässt jeglichen Realitätssinn und jegliche Verantwortung vermissen!**

Harry Peter Carstensen – bekanntermaßen CDU-Ministerpräsident in Schleswig-Holstein hat mir aus der Seele gesprochen, wenn er sagt: „Ihr habt sie doch nicht alle.“

Wie auf dem Basar versucht die schwarz-gelbe Koalition die Länder über den Tisch zu ziehen mit vermeintlichen Entlastungsangeboten.

Die **Pläne der Bundesregierung** über das **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** Steuersenkungen und Steuerrechtsänderungen für Unternehmen, Erben und das Hotelgewerbe durchzudrücken verursachen **ein weiteres Minus von über 300 Mio. € allein für die Städte, Gemeinden und Landkreise in Niedersachsen.**

Hannover ist bei diesem Desaster mit konkreten Einnahmeverlusten in Höhe von **7- 10 Mio. €** betroffen!

Die Kommunen sind bei diesem Geschacher im Übrigen außen vor – sie bzw. ihre VertreterInnen - das sind u.a. wir Ratsleute - dürfen dann später den Bürgerinnen und Bürgern die Ergebnisse dieser Politik erklären, warum die Kommunen ihre Leistungen künftig nicht mehr wie bisher oder nur noch schlechter bereitstellen können. Die Zusammenhänge wird man aufzeigen können – Verständnis wird man dafür aber von niemandem ernsthaft erwarten wollen!

Ohne handlungsfähige und soziale Kommunen können die gesellschaftlichen Herausforderungen nicht bewältigt werden!

Aber das geht nicht im Alleingang, hier müssen Bund und Länder ihre Mitverantwortung übernehmen und gemeinsam mit den Kommunen Wege finden, wie die Kommunen aus der Schuldenfalle herauskommen können.

Denn: Wir wollen, dass die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gewahrt werden kann und gesamtstaatliche Aufgaben gemeinsam verantwortet und besser gelöst werden.

Bernd Scheelen, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, hat dazu die Einrichtung eines **kommunalpolitischen Ausschusses im Deutschen Bundestag** gefordert. Das wäre ein erster Schritt, um die Anhörungsrechte der Kommunen bei allen kommunalrelevanten Gesetzgebungsvorhaben zu verbessern.

Der **Deutsche Städtetag (DST)** hat am 25.September in Leipzig **10 Forderungen an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung** erhoben, die ich hier für unsere Fraktion voll inhaltlich unterstützen kann:

- **Sicherung bzw. Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Städte** durch eine weitere Stärkung der Gewerbesteuer, eine Absenkung der Gewerbesteuerumlage, eine Reform der Grundsteuer und Einhaltung eines strikten Konnexitätsprinzips
- **Zügige Lösung für die Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II** und eine verfassungsrechtliche Absicherung der Arbeitsgemeinschaften
- **Bessere Kooperation von Bund, Ländern und Gemeinden** – Kommunale Beteiligung an der Bundesgesetzgebung
- **Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben**
- **Verlässliche Finanzierung des Ausbaus der Kinderbetreuung**
- **Stärkung kommunaler Sparkassen**

- **Finanzierungsgrundlagen für die Verkehrsinfrastruktur**
- **Verbesserung der Rahmenbedingungen für kommunales Handeln beim Umwelt- und beim Klimaschutz**
- **Kommunale Zuständigkeiten im Ver- und Entsorgungsbereich** (Wasser, Abfallwirtschaft etc.) erhalten und stärken
- **Nachhaltige Unterstützung beim städtebaulichen Strukturwandel** durch den Bund.

Wer genau hingehört hat wird bemerken, dass sich in diesen Hauptforderungen auch exakt die Schwerpunkte unseres Haushalts wieder finden.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD-Ratsfraktion beweist in diesem schwierigen Jahr ein weiteres Mal, dass wir **angesichts der Finanzkrise nicht in Panik oder Agonie verfallen**. Mit uns gibt es keine unbedachten Schließungen von sozialen oder kulturellen Einrichtungen der städtischen Infrastruktur.

Genauso wenig wollen wir einen Stillstand oder die Rücknahme des Ausbaus der U3-Kita-Plätze oder einen Stopp der in die Millionen gehenden Projekte zur Schulsanierung (Leibnizschule, Bismarckschule, IGS Mühlenberg etc.) oder den IGS- und Ganztagsgrundschul-Ausbau.

Das alles aufs Spiel zu setzen, ist für uns kein probates Mittel, um der durch externe Einwirkungen verursachten Finanzkrise Herr zu werden.

Wir wollen und werden uns nicht den Boden unter den Füßen wegziehen lassen, sondern bringen uns ein für ein zukunftsfähiges Hannover im Sinne aller Menschen, die hier in dieser Stadt leben.

Die Antworten der CDU und FDP, aber auch der beiden linken Gruppen hier im Rat überzeugen uns absolut nicht:

- Beispiel **FDP**: Kürzung der Zuwendungen 2010 = 8,4 Mio. € 2011 = 16, 7 Mio. € und 2012 = 25,1 Mio. € - **also insgesamt rund 50 Mio. € sollen bei den Zuwendungen** für die Stadtbezirksräte, Beschäftigungsförderung, Stadtteilkulturarbeit, Frauenhäuser, Wohnungslose, Seniorenbüros, Kinder- und Jugendarbeit **gekürzt werden!!**
- Beispiel **Linke**: Opposition ist einfach – für die Linken besonders einfach – **Ablehnung von allem**, und das **gänzlich ohne Alternativen** zu benennen. Aber das Geld wird nicht auf der Straße liegen in den nächsten Jahren und auch nicht hereinzuholen sein Herr List, indem die Stadt den Banken für die Kommunalkredite keine Zinsen mehr zahlt. Mündige BürgerInnen werden diese Luftnummern erkennen.

Zum **CDU-Generalantrag HSK** lassen sie mich bemerken: „**Wenn Du einen Riesen siehst, so frage Dich zuerst, ob es sich nicht um den Schatten eines Zwerges handelt.**“ (Markus Werner 2008)

Die CDU hat sich in diesem Jahr leider, bei dem Versuch alles in einem Antrag abzuhandeln, völlig überhoben! **Das großartig postulierte Einsparvolumen in Höhe von 127.652.350 € schnurrt schnell zusammen, wenn man sozusagen hinter die Kulissen guckt:**

Konsolidierungsbeiträge sind nur solche die strukturell, also wiederkehrend Jahr für Jahr, im Haushalt eingespart werden können. Der CDU-Antrag beinhaltet mehrere **Einmaleffekte**, die uns hier **als Konsolidierungsbeiträge untergejubelt** werden sollen, so die

- **Veräußerung von Grundstücken 30 Mio. €** - die CDU müsste wissen, dieser Effekt kann überhaupt nur mit der **Abzinsung in Höhe von rund 1,45 Mio. €** im Haushalt ausgewiesen werden.
- Die „**Einsparung“ von 23 Mio. € Haushaltsresten ist absurd**– sogar die CDU müsste wissen, dass gerade zur **Abschaffung des so genannten ‚Dezemberfiebers‘** das **Budgetprinzip** im Haushalt dieser Stadt eingeführt wurde. Die Übertragbarkeit der Mittel garantiert den Dezernaten und Fachbereichen die Handlungsfähigkeit, die für eine **voraus schauende Haushaltsbewirtschaftung** unverzichtbar ist.
- **Zusätzlich 23 Stellen einzusparen: völlig gegriffen** - die CDU sollte den Mut haben zu sagen wo und wer.
..... um nur einige zu nennen

Wir kommen zu folgendem Schluss: **Die CDU ist nicht nur nicht mehrheitsfähig – sie ist auch nicht oppositionsfähig.**

Und sie teilt sich etwas mit der Linken – **nämlich das nicht vorhandene Geld: Die CDU spart es und die Linken geben es aus!**

Als SPD agieren wir bei den Beschlüssen zum HSK und Haushalt mit Augenmaß und verlässlich mit Blick auf die wichtigen politischen Schwerpunkte. Wir wollen, dass die Stadt stabil durch die aktuelle Krise gehen kann.

Wir haben die **Herausforderung angenommen, die Zielmarke des HSK zu erreichen** und haben die von der Verwaltung vorgeschlagene Konsolidierungssumme **durch eigene Vorschläge noch um 1,3 Mio. € auf 55,8 Mio. € erhöht.**

Mit vielen der von der Verwaltung vorgelegten Einsparvorschlägen stimmt **Rot/Grün überein** wie:

- die **restriktive Haushaltsbewirtschaftung** (HSK-Effekt 20 Mio. € pro Jahr)
- die **Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit** auf 39 h (HSK-Effekt 4 Mio. € pro Jahr)
- oder die erhöhten **Abführungen über die städtischen Beteiligungen** (HSK-Effekt 7,5 Mio. € p.a.), insbesondere über die Stadtwerke Hannover.

Insgesamt liegen dem Rat 22 rot-grüne Änderungsanträge zum HSK VII vor.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

ein HSK-Programm ist sicherlich kein Austausch von Zärtlichkeiten. Aber wir haben jetzt ein Programm vor uns liegen, das eine **soziale Handschrift** zeigt. Die **Verwaltung hat eine Konsolidierungsvorgabe mit Augenmaß vorgelegt.** Sie führt dazu, dass wir einen deutlichen Einspareffekt erreichen werden, ohne **Bereiche substantiell anzugreifen, die sich direkt auf die Lebensqualität der Hannoveraner und Hannoveranerinnen** auswirken.

Bei unseren HSK- und Haushaltsanträgen haben wir darauf geachtet, dass wir hieran anknüpfend gerade **in den Bereichen die das Zusammenleben der Menschen im Kern betreffen** - insbesondere sind das **Bildung, Soziales und Kultur** - zu keinen Schließungen bzw. Streichungen kommen:

- So wollen wir den **Ausbau von Familienzentren** weiter **fortsetzen**. Die Familienzentren sind nicht zu unrecht ein Exportschlager. Andere Kommunen reisen nach Hannover um sich unser Modell von Familienzentren anzusehen. Der Grund hierfür ist klar: Durch den Aufbau von lokalen Netzwerken im Stadtteil – ausgehend von der Kindertagesstätte – durch Familienzentren werden Bildungschancen von Eltern und Kindern wesentlich erhöht. Wir wollen, dass der Ausbau von Familienzentren weiter betrieben wird und haben hierfür **80.000 € in unserem HSK-Änderungsantrag** eingestellt.
- Weitere Schwerpunkte unserer diesjährigen Anträge sind deshalb im Jugendbereich die **Sprachförderung, die Beibehaltung der Projekte zur kulturellen Bildung sowie die Unterstützung von Elterninitiativen** – die eine hervorragende Arbeit leisten.
- Außerdem wichtig - die Beibehaltung von Beteiligungsprojekten und Projekten zur **Gewaltprävention**.

Weitere wesentliche rot-grüne Änderungen zum HSK VII sind:

- SPD und Grüne nehmen die Strukturmaßnahmen ‚**Rechtsformänderung Stadtentwässerung**‘ (HSK-Effekt 1,45 Mio. €) und den ‚**Wegfall der Anschlussbeschäftigung für Auszubildende**‘ (HSK-Effekt 1,0 Mio. €) aus dem HSK heraus.

An ihrer Stelle führen wir einen neuen **HSK-Block VIII** ein, der zusätzliche Effekte im Rahmen der Verhandlungen zum **Beschäftigungssicherungsvertrag in Höhe von 2,45 Mio. €** erbringen soll.

Mit dem aktuell geltenden Vertrag leisten die Beschäftigten der Stadt bisher 6 Mio. € für die Altersvorsorge der ZVK. Ausbildung über Bedarf ist ein politischer Schwerpunkt der vergangenen Jahre und soll beibehalten werden.

Tarifverhandlungen eröffnen **prinzipiell Spielräume bei diesen zwei Themen**, die auch für die **Beschäftigten von Bedeutung** sind - wie wir in zahlreichen Gesprächen und zuletzt auf der Personalversammlung erfahren konnten. Wir setzen uns selbstverständlich für die berechtigten Interessen der Beschäftigten ein, **das aber immer auch in Abwägung zur Gesamtlage für die BürgerInnen dieser Stadt**.

Wir bedauern, dass bis zum heutigen Tag (noch) **keine Einigung** der Tarifparteien - Arbeitgeberseite Stadt und ver.di - herbeigeführt werden konnte. Wünschenswert wäre hier **Klarheit für die Beschäftigten und politisch Verantwortlichen** zu schaffen, zumal es um **nicht unerhebliche finanzielle Auswirkungen** geht.

Wenn es keine Einigung gibt oder dieses Einsparvolumen nicht erreicht wird, wird Rot-Grün erneut in Gespräche eintreten, um die HSK-Effekte in erforderlichem Maße zu erzielen. Im Rahmen dieser Gespräche können bisher nicht berücksichtigte Vorschläge wieder eingebracht werden.

Sind auch die Signale, die man der Presse entnehmen konnte eher verhalten, so sei dennoch erlaubt den Wunsch zu äußern, dass die Tarifgespräche zu einem positiven Ergebnis geführt werden.

- Der Rat hat im Sommer der **Kapitalzuführung bei der Messe** in Höhe von 125 Mio. € zugestimmt. Zur Bekräftigung unserer Zielstellung aus dem Sommer fordern wir die **Optimierung HCC – Messe AG** durch Erhöhung des HSK-Effekts um 700.000 € auf 1,5 Mio. €.

Weitere Anträge sind:

- Neues Einsparvorhaben **Interkommunale Beschaffung** / Rahmenverträge: Erzielung HSK-Effekt von jährlich 500.000 €
- Die **Integrationsbeiräte und der Gesellschaftsfonds** behalten jährlich einen Topf von jeweils 150.000 €, nach Zusammenlegung von Interventions- und Integrationsfonds wird hier um je 46.000 € in 2010 und 2011 gekürzt, ab 2012 um 100.000 €
- Das **Bürgerbüro Stadtentwicklung** bleibt bestehen und erhält einen reduzierten Zuschuss für seine Arbeit (100.000 € in 2010, 80.000 € in 2011, 60.000 € in 2012), so dass **bis 2012 55.000 € gespart** werden. Durch die stufenweise Reduzierung der Zuwendungen erhält das Bürgerbüro zeitlichen Spielraum für die Einwerbung von Drittmitteln zur Unterstützung ihrer Arbeit.
- **Erhöhung Säumnisgelder Stadtbibliothek** (Verdoppelung pro Medieneinheit auf 0,6 €): HSK-Effekt 155.000 € pro Jahr statt 70.000 € (Kinder/Jugendliche sind von der Erhöhung ausgenommen)
- **Entgelterhöhung Schützenplatz durch Parkplatzgebühren**: HSK-Effekt von 30.000 € pro Jahr anstatt 22.000 €
- **Einnahmeerhöhungen in Höhe von 100.000 € durch Baustellenkontrolle** bezüglich Genehmigung und Zahlung der üblichen Gebühren.
- **Einnahmeerhöhungen** in Höhe von 200.000 € durch die bereits beschlossene und nun einzuführende **mobile Geschwindigkeitsmessung**. Hierüber wird auch ein wichtiger Beitrag zur Verkehrssicherheit geleistet.

Sehr geehrter Ratsvorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir wissen wohl, dass auch die heute zu beschließenden Maßnahmen im Rahmen des **HSK VII absolut keine Selbstläufer** sind und natürlich allen (davon) Betroffenen etwas abverlangen.

Bisher ist es uns in dieser Stadt – Politik und Verwaltung gemeinsam – gut gelungen, Schaden abzuwenden und den BürgerInnen in Hannover auch bei finanziell schwierigen Rahmenbedingungen eine wirklich breite Angebotspalette in allen Bereichen zu bieten.

Die Hannoveranerinnen und Hannoveraner können was das angeht **auch künftig auf die SPD-Ratsfraktion zählen**.

Allerdings erfüllt uns das bundespolitische Geschehen mit großer Sorge – hierauf bin ich bereits eingegangen – **wir agieren nicht losgelöst, von den Bedingungen, die woanders gesetzt werden!**

Beweis genug für die **Erfolge unserer bisherigen Politik** ist das Urteil derjenigen, die sich in Hannover aufhalten - diese Stadt ist in deren Augen lebens- und liebenswert! Die ewigen Nörgler sollten sich die Repräsentativerhebung 2008 der LHH -> **89 % der HannoveranerInnen fühlen sich wohl in der Stadt** - oder die aktuelle Imagestudie der Hannover Holding 2009 wirklich einmal genauer anschauen. Oder auch die positiven Aussagen in HAZ und NP: „Hannover festigt Ruf als Einkaufsstadt“; „Leinestadt belegt Spitzenplatz unter den acht wichtigsten Shoppingmetropolen Deutschlands“ usw.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

das HSK VII steht dieses Jahr im Vordergrund der HH-Beratung und -Beschlüsse. Verwaltungs- und Vermögenshaushalt dürfen hierzu keinen Widerspruch aufbauen. Daher halten wir Rot/Grün sowohl beim Verwaltungs- als auch beim Vermögenshaushalt 2010 das von der Verwaltung vorgelegte Volumen ein.

Durch Einsparvorschläge, die Nutzung nicht verausgabter Mittel und Umschichtungen haben wir, in dem vorgegebenen Rahmen trotzdem **Handlungsschwerpunkte** gesetzt. Lassen sie mich einige Wesentliche nennen:

Verwaltungshaushalt:

- Schulbereich: Ansätze aus dem Haushaltsjahr 2009 weitgehend wieder hergestellt: **Erhöhung der Mittel für Hausaufgabenhilfe** um 15.400 € auf den Ansatz 2009 (120.000 €/a), zusätzlich 20.000 € für das **Sprachprojekt Rucksack II in Grundschulen** gemäß Ansatz 2009 (200.000 €/a) sowie zusätzlich 53.700 € für **Gewaltpräventionsprojekte und stadtteilorientierte Netzwerke für Bildung und Qualifizierung**.
- Wiedereinsetzung von **50.000 € zur Beschaffung von Medien** für Jugendliche und Kinder im Sinne der Bildungsförderung (Deckung über die Erhöhung von Säumnisgebühren)
- **Konzepterstellung** durch die Stadtverwaltung unter Einbeziehung aller Interessensgruppen zur abschnittswisen **Umsetzung der Wettbewerbsergebnisse aus City 2020**.
- **Einführung eines Audits „Familie und Beruf“** zwecks Profilierung der Stadtverwaltung als familienfreundliche Arbeitgeberin sowie Ermöglichung von Teilzeitausbildungen im Rahmen bestehender Ausbildungsplätze insbesondere für junge Alleinerziehende als Chance für eine qualifizierte Berufsausbildung
- Auftrag an die Verwaltung, zusammen mit den **Stadtwerken Hannover und dem Stadtsportbund sowie Bädern** in freier Trägerschaft die Frage zu klären, wieweit den Vereinen und freien Bädern günstigere Konditionen ermöglicht werden können.
- Stärkere **Förderung des UnternehmerInnenzentrums** in Höhe 33.400 € zur Sicherung der Gebäudeinfrastruktur durch Mittelumschichtungen

Änderungen zum Vermögenshaushalt :

- **Fortführung Maßnahmen zur Verkehrssicherheit** unter Nutzung der noch nicht verausgabten Mittel
- **Fortführung Programm zur ökologischen Aufwertung von Schulhöfen und Spielplätzen** mit 200.000 € (Deckung der Summe durch Verschiebung der Baumaßnahme Leinebrücke). In dieses Programm werden für 2010 die Bausteine 'Spielgeräteprogramm' und 'ökologische Einzelmaßnahmen' aufgenommen.
- **Fortführung Radwegebau** mit 200.000 € gemäß Verwaltungsvorschlag zusätzlich der hier vorhandenen Ausgabereste, um den Radverkehrsanteil weiter zu erhöhen.

Eine **wesentliche Rolle für die Investitionen** der Stadt spielt das **Gebäude-management**, heute beschließen wir den **Wirtschaftsplan**, der die Grundlage für die **Sanierung und den Neubau der Schulen und Kitas** ist.

Am 09.12.2009 wurde im Schulausschuss der **Beschluss zum Ausbau der Ganztagsgrundschulen** gefasst. Für bauliche Maßnahmen (z.B. für Mensen) werden im Rahmen des Wirtschaftsplans Gebäudemanagement in diesem Zeitraum rund 6,3 Mio. Euro hierfür zur Verfügung gestellt.

Die SPD-Ratsfraktion begrüßt das von der Verwaltung vorgelegte Konzept (Drucksache 2177/2009).

Wir stellen fest, dass das hannoversche Konzept der Ganztagschule deutlich über das offene Ganztagschulkonzept der Landesregierung hinausgeht, da die Landesregierung keine pädagogische Begleitung, keine durchgehende Nachmittagsbetreuung mit qualitativen Bildungs- und Fachangeboten und keine Ferienbetreuung vorsieht.

Wir bedauern, dass das Konzept einer gebundenen Ganztagschule, das einen rhythmisierten Vormittags- und Nachmittagsunterricht sowie Freizeitphasen vorsieht, von der Landesregierung weiterhin nicht gewollt ist und daher auch in Hannover nicht umsetzbar ist.

Wir fordern eindringlich das Konzept einer gebundenen Ganztagschule mit Ferienbetreuung und dessen landesweite Einführung!

Sehr geehrter Ratsvorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Kämmerer hat solide nach Abwägung der jetzt bekannten Risiken das **2. Veränderungsverzeichnis** und damit die neue Planung für das Jahr 2010 vorgelegt:

Ausgaben Verw. HH: 1.635.765.200 €

Einnahmen Verw. HH: 1.475.292.800 €

Aktuell werden wir demnach mit einem jahresbezogenen Defizit von – **160.472.400 €** in das nächste Haushaltsjahr gehen.

Insgesamt ist der Stand der **Kassenkredite** am 11.12.2009: - **220,2 Mio. €**

(Vorjahr: - 55,2 Mio. €)

Um **-30 Mio. €** musste die 2010 zu erwartende **Gewerbsteuer** auf 350 Mio. € korrigiert werden. Der **Einbruch durch die Auswirkungen der Finanzkrise** fällt für Hannover deutlich höher als im Landesdurchschnitt aus - um minus 4%. Positiv ist zu vermerken, dass die LH Hannover dadurch eine um **30 Mio. € erhöhte Schlüsselüberweisung aus dem Finanzausgleich** erhält.

Vor diesem Hintergrund und den aufgeführten Bemühungen um Konsolidierung **fordern wir das Land auf**, bei der **Kreditgenehmigungspraxis** die aktuelle gesamtwirtschaftliche Situation zu berücksichtigen und die **Stadt Hannover nicht für die Folgen der Finanzkrise in Gesamthaftung / Verantwortung zu nehmen**.

Die erforderlichen Kredite für die Schul- und Kita-Sanierung müssen genehmigt werden, um den Bildungsstandard zu gewährleisten.

Ansprechen möchte ich dazu auch die euphorische Stimmung im Landtag zum geplanten Landtagsneubau - für den das Geld im maroden überschuldeten Landeshaushalt fehlt – und dennoch wird die Investition in dieser Zeit als richtig erachtet, nicht mehr und nicht weniger verlangen wir für unsere ernsthaften Überlegungen zum Stadthaushalt!

Die **Bundesregierung fordern wir auf**, von einer **Aushöhlung oder Abschaffung der Gewerbesteuer** als wichtigste kommunale Einnahmequelle sowie der **Einführung einer Umsatzsteuerpflicht für kommunale Unternehmen** dringend **abzulassen**.

Die Regionsverwaltung hat erst am 8. Dezember ihren Haushaltsentwurf 2010 mit einem Minus von 170 Mio. € vorgestellt – auch das wird noch eine sehr schwere Belastung und Aufgabe für alle 21 Kommunen der Region!

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

es gibt in der Politik immer die **Spannung zwischen dem was ist und dem, was sein soll**. Wir müssen beides ernst nehmen - das was ist und das was sein soll.

Als SPD-Ratsfraktion beweisen wir mit den Änderungen für das Haushaltsjahr 2010 unser klares, inhaltliches und finanzpolitisches Profil - die Konsolidierung fortzusetzen ist ein Muss, genauso aber auch die Verantwortung für die vorgeschlagenen Maßnahmen, um ein verlässlicher Partner für die Stadtgesellschaft zu sein.

Insgesamt tragen wir mit unseren Anträgen in einer finanziell schwierigen Zeit zu einer bestmöglichen Finanzsituation bei. Uns ist dabei aber vollkommen klar, dass die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise nachlassenden Gewerbesteuererinnahmen nicht vollständig durch Einsparmaßnahmen reduziert werden können.

Dies würde uns den Boden unter den Füßen wegziehen, das soziale Klima, die Nachhaltigkeit und die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt in Frage stellen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!